

## Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete



Foto: DIE LINKE Düsseldorf

## Weiter voran mit LINKS

DIE LINKE als politische Kraft in Düsseldorf gestärkt

Düsseldorf blickt auf ein Jahr mit Landtags- und Bundestagswahl zurück. Neben bürgerlichem Mainstream, in dem sich die Beinahe-Jamaika-Koalitionen wie auch die bei Redaktionsschluss unserer Zeitung noch uneinigen Koko-, GroKo- oder Nicht-GroKo-Parteien so ähnlich sind, dass man die wenigen Unterschiede schon permanent betonen muss, beherrschte die Schlagzeilen in völlig überzogenem Maße die AfD. Wie viel Wirbel die in sich völlig zerstrittenen Rechtsausleger mit 7,4 Prozent in NRW und 12,6 Prozent im Bund erregten, muss nicht vertieft werden. Ihren Erfolg verdanken sie zum Gutteil auch den Medien, die sie, scharf auf Auflage und Quoten, permanent hoch hupen, aber auch der Dummheit weiter Teile der Mainstream-Parteien. So wurde fast ausschließlich und in düsterstem Ton über die Flüchtlingszuwanderung gesprochen, als gäbe es Mangel an Themen. Damit gab man dem Affen AfD richtig Zucker. Diese konnte permanent den Untergang des Vaterlandes an die Wand malen, auch wenn er nur in ihren Köpfen stattfindet und viele Geflüchtete mittlerweile bei uns Fuß fassen und sich integrieren.

Ex-„Landesmutter“ Hannelore Kraft arbeitete sich parteipolitisch hingegen fast ausschließlich an der LINKEN ab. Sie strafte die AfD mit weitgehender Nichtachtung, wollte sich ansonsten aber alle Türen offen halten und es schien, als ob die Frage am Ende nur noch lautete, wird eine Landes-GroKo von CDU oder SPD angeführt. Wie wir wissen, war Krafts unfaires Draufhauen nur auf DIE LINKE von doppeltem „Erfolg“ gekrönt. Diese scheiterte mehr als knapp am Einzug in den Landtag. Frau Kraft schoss sich dafür äußerst clever selber ab, reichte es doch ohne die LINKE im Landtag auf einmal für Schwarz-Gelb, was vorher so ziemlich niemand auf der Rechnung hatte.

Deren erste Früchte bemerken die armen Menschen im Lande besonders heftig zum Beispiel im bisher nur ver-tagten Plan, das Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr nicht mehr zu bezuschussen, was für die Betroffenen zur echten Katastrophe werden kann.

Obwohl in den Medien ansonsten großenteils eher mit Desinteresse gestraft, hat sich die LINKE so schlecht nicht geschlagen. Im Land war sie trotz erheblicher Stimmengewinne der tra-

gische Held, im Bund konnte sie ebenso trotz des Erfolges der Rechten noch leicht zulegen und wird, wer auch immer in Berlin am Drücker sein wird, den Finger weiterhin in die Wunde legen.

In absoluten Zahlen für Düsseldorf bekam DIE LINKE bei der Landtagswahl 17.041 Zweitstimmen. Damit erreichte sie nicht nur gegenüber der desaströsen Landtagswahl 2012, sondern auch gegenüber 2010 noch ordentliche Zugewinne von etwa 2000 Stimmen. Stadtweit landete DIE LINKE so bei 6,1 Prozent, ihrem bisher besten Ergebnis bei Landtagswahlen. Bei der Bundestagswahl gaben sogar 28.786 Düsseldorferinnen und Düsseldorfer der LINKEN ihre Stimme, damit über 7.500 mehr als 2013 und 9,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Besonders gut konnte sie in den Stadtbezirken 2 und 3 abschneiden. DIE LINKE kann sich also trotz eines allgemeinen politischen Rechtsrucks gut behaupten.

So wird DIE LINKE weiterhin ihre Themen voranbringen und nicht nur in der Sozial-, Umwelt- und Friedenspolitik weiterhin starke Gegenkonzepte zu CDU, SPD, FDP und Grünen und natürlich auch zur AfD anbieten.

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bei ihrem ersten Auftritt im Bundestag zum Thema Auslandseinsatz im sudanesischen Dafur begann die Düsseldorfer FDP-Abgeordnete Frau Strack-Zimmermann ihre Rede mit einer Polemik gegen Sahra Wagenknecht, um sich dann über Kommunalpolitiker der LINKEN und deren Verhältnis zur Bundeswehr zu empören.

Wir wissen nicht, was sie dazu trieb, sich mit Sahra Wagenknecht anzulegen. Ein Grund könnte sein, dass ihr FDP-Kollege im Düsseldorfer Süden bei den Erststimmen um knapp vier Prozentpunkte hinter der Spitzenkandidatin der LINKEN landete.

Die Bundeswehr hat es Frau Strack-Zimmermann angetan. So muss es sie besonders auf die Palme bringen, wenn die Mitglieder unserer Stadtratsfraktion die immer häufiger stattfindenden Werbetouren der Bundeswehr an Schulen, bei den Arbeitsagenturen und bei örtlichen Festen, kritisieren und mit Menschen aus der Friedensbewegung dagegen protestieren. Keine Rede bei ihr davon, dass eine immer größer werdende Anzahl der Soldaten noch lange nach den Einsätzen an Posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, an Angstzuständen und Alkoholmissbrauch. Krieg macht krank. Bei ihr kein Wort davon. Ganz am Ende ihrer Rede wies sie noch darauf hin, wie wichtig es sei, Fluchtursachen zu bekämpfen. Aber auch hier nichts zu Waffenexporten, zu ungerechten Handelsverträgen, zu vom Westen verursachten Klimaveränderungen, zu willfährigen Despoten.

Udo Bonn  
Sprecher des Kreisverbandes  
DIE LINKE. Düsseldorf

Kreisverband DIE LINKE.  
Corneliusstr. 108  
40215 Düsseldorf  
Tel: 0211 933 60 81

[kontakt@die-linke-duesseldorf.de](mailto:kontakt@die-linke-duesseldorf.de)  
[www.die-linke-duesseldorf.de](http://www.die-linke-duesseldorf.de)

# Interview

## Klüh-Belegschaft am Flughafen kämpft um ihre Jobs

Helmut Born führte ein Interview mit Mahir Sahin, Gewerkschaftssekretär der IG BAU, als Vertreter der streikenden Reinigungskräfte am Düsseldorfer Flughafen.

**Wie kam es dazu, dass die Firma Klüh nach fast 50 Jahren den Auftrag zur Reinigung der Terminals am Düsseldorfer Flughafen verlor?**

Es gab Ausschreibungen seitens der Flughafen GmbH. Dr. Sasse soll unter anderem um ca. 200.000 Euro günstiger gewesen sein.

**Wie reagierte Klüh auf die Kündigung des Auftrages?**

Am 13.10.2017 wurde Klüh über den Auftragsverlust informiert. Am 15.10.2017 wurden die Beschäftigten seitens des Betriebsrates in einer Teilbetriebsversammlung über den Entzug des Auftrages informiert. Wir, als zuständige Gewerkschaft IG BAU, wurden erst durch unsere Mitglieder in Kenntnis gesetzt. Die KollegInnen waren wütend und entsetzt über diese Vorgehensweise des Betriebsrates und der Geschäftsleitung von Klüh.

**Wie ist die Struktur der Belegschaft am Flughafen?**

Die ReinigerInnen arbeiten 7,5 Stunden pro Tag. Es gibt Früh-, Spät- und Nachtschichten. Die meisten Reinigungskräfte sind Frauen mit Migrationshintergrund. Die Leute sind auf diese harte und teilweise ekelerregende Arbeit angewiesen. Mit ca. 1600 Euro Brutto im Monat reicht der Verdienst kaum aus; gerade bei den Mieten in Düsseldorf. Viele sind Alleinerziehende oder sind die einzigen die in der Familie eine feste Arbeit haben. Der größte Teil der Belegschaft ist unbefristet beschäftigt, manche mit mehr als 20-jähriger Betriebszugehörigkeit.

**Die IG BAU fordert die Weiterbeschäftigung, entweder bei Klüh oder bei der neuen Firma Dr. Sasse. Wie wollt ihr das erreichen?**

Indem wir auf alle Akteure mit Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit Druck ausüben. Wir fordern einen Sozialtarifvertrag; bei Verhandlungen dazu kann die Gewerkschaft die Verhandlungen scheitern lassen und eine Urabstimmung für Streiks durchführen.

**Hätte die Geschäftsführung des Flughafens nicht die Weiterbeschäftigung der Reinigungskräfte zur Bedingung bei der Neuverga-**

**be machen können?**

Es gibt Beispiele, wo der Auftraggeber vom neuen Dienstleister die Übernahme aller Beschäftigten zu ihren Bedingungen einfordert.

Dass dies von der Geschäftsleitung des Flughafens nicht gemacht wurde, zeigt für uns, dass für sie nur die Kostensenkung im Vordergrund stand. Das Schicksal der Beschäftigten war ihr offensichtlich gleichgültig.

**Oberbürgermeister Geisel ist Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafen GmbH. Hat er sich für die Weiterbeschäftigung der Reinigungskräfte bei Dr. Sasse eingesetzt?**

Der OB hat uns mit einer Delegation von Beschäftigten empfangen, und wir hatten ihn über die soziale Schieflage am Airport informiert und ihn um Unterstützung gebeten. Er hat die Flughafenleitung angeschrieben und nach Lösungen gefragt. Aber in einem weiteren Schritt hat er uns leider mitgeteilt, dass er für Weiteres erst mal nicht zu Verfügung steht. Es gab auch einen Fernsehbericht im WDR 3, dort hat er leider eine für uns enttäuschende Stellungnahme abgegeben.

# Warnstreiks an der Uniklinik

## Beschäftigte machen gemeinsam Druck für faire Bezahlung

Seit September 2017 kämpft die Belegschaft der Uniklinik für mehr Personal sowie die der beiden ausgelagerten Tochtergesellschaften GKD (Gesellschaft für klinische Dienstleistungen) und UKM (Uniklinikum Medical Services) für einen Tarifvertrag, da sie deutlich schlechter bezahlt wird.

Der Personalmangel - vor allem im Pflegedienst - ist brandgefährlich. Eine Pflegekraft muss im Tagesdienst 14 PatientInnen versorgen, nachts bis zu 40. Der Verzicht auf Pausen sowie die Anhäufung von Überstunden führen zu physischen wie psychischen Belastungen. Unter diesen Umständen ist eine verantwortungsvolle Pflege unmöglich. So gut wie alle Krankenhäuser in Deutschland sind von dieser katastrophalen Personalsituation betroffen. Gemäß einer Pflege-Vergleichsstudie aus 2012 kommen beispielsweise in den USA auf eine Pflegekraft durchschnittlich 5,3, in den Niederlanden 7, in Schweden 7,7 und in der Schweiz 7,9 PatientInnen. Bis heute hat sich die Situation weiter verschlechtert.

Das „Düsseldorfer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ unterstützt aktiv die Forderungen der Belegschaft ebenso wie der Kreisverband DIE LINKE Düsseldorf. Auch in vielen anderen Krankenhäusern der Republik liefen Warnstreiks. Beispiel ist der erfolgreiche



...auch Tochtergesellschaften wurden bestreikt

Foto: © Lawrence Dlangamandla

Kampf der Belegschaft der Charité-Klinik in Berlin, die nach lang andauernden Auseinandersetzungen schließlich einen Entlastungstarifvertrag durchgesetzt hat.

Sieben Warnstreiktage mit jeweils etwa 400 Beschäftigte waren nötig, um die Geschäftsleitung des Düsseldorfer Uniklinikums dazu zu bewegen, am 8. Dezember ein Sondierungsgespräch mit der Gewerkschaft ver.di zu führen. Es war ein kurzes Gespräch, in dem der

Arbeitgeber zu keinen Zugeständnissen bereit war. Deshalb wird es 2018 weitere Streikaktionen geben.

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass die Gesundheitsversorgung und somit auch die Krankenhäuser nicht in private - auf Profit orientierte - Hände gehören. Daher treten wir für den Stopp der Privatisierung von Krankenhäusern und für die Rückführung bereits privatisierter Kliniken in öffentliches Eigentum ein.

## Nicht lernfähig

Es gab in Deutschland mal eine Partei, die sich auf die Fahnen geschrieben hatte, die Interessen der sogenannten kleinen Leute gegen das Bürgertum und die besitzende Klasse zu vertreten. Sie hieß SPD. Auch heute gibt es diese Partei noch, doch außer dem Namen ist von der einstigen Haltung so gut wie nichts übrig geblieben. Schon seit dem Godesberger Programm von 1959 entfernte sie sich von jedweder Form sozialistischer Ideen, immer weiter ging der Weg in die sogenannte bürgerliche Mitte über Helmut Schmidt zu Gerhard Schröder, dem „Genossen der Bosse“, der uns unter anderem Hartz IV, Armutsrenten und einen ausufernden Bereich prekärer Beschäftigung bescherte. Die Wählerinnen und Wähler sind nicht ganz vergesslich. Seit der Wahl Schröders 1998 hat sich der Stimmenanteil der SPD auf zuletzt gerade mal noch 20,5 Prozent halbiert, alleine bei den letzten Wahlen verlor sie über fünf Prozent. Der Zick-Zack-Kurs zwischen kleinen Bonbons, mit denen die großen Gemeinheiten für ärmere Menschen vergessen gemacht werden sollen, und anbieten an die Linie der CDU ist ihr nicht bekommen. Dennoch macht sie, allenthalben unter Gemeale der eigenen Jugendorganisation Jusos, unverdrossen weiter. Soviel ist vom Wort ihres noch vor nicht mal einem Jahr einstimmig gewählten Vorsitzenden Martin Schulz am Wahlabend zu halten, man gehe jetzt in die Opposition und werde sich neu aufstellen. Denn dieser Reflex am Wahlabend war die einzig vernünftige Reaktion auf ein Wahlergebnis, was als Schlag in die Magengrube noch glimpflich bezeichnet ist. Doch Schulz und die Partei schlingern nach dem Scheitern von „Jamaika“ unversehens weiter, schielen auf ein Beibehalten der lieb gewonnenen Pöstchen und ein doch weiter so in einer neuen Liaison mit der Union, ob „Groko“ oder „KoKo“. Mit ja, nein, weiß nicht macht man keine gute Politik. Und sollte der wiedergewählte Martin Schulz als Parteivorsitzender doch gehen, wird bereits der mehr als gutbürgerliche Hamburger Regierungschef Olaf Scholz als Nachfolger gehandelt, dessen Positionen nahezu 1:1 auch in Union und FDP zu finden sind. So sieht kein Neuanfang aus.



## Verfahren gegen DSSQ

### Der Zivilcourage wird der Prozess gemacht

Ein Düsseldorfer Gericht zeigte im letzten Jahr, wie sehr sich die Bundesrepublik in Antwort auf die AfD nach rechts entwickelt. Torsten Nagel, zum damaligen Zeitpunkt Geschäftsführer der Falken Düsseldorf, und Mischa Aschmoneit, Programmplaner im Kulturzentrum zakk, wurden zu insgesamt 8.800 Euro Geldstrafe verurteilt. Sie hatten als Sprecher für das antirassistische Protestbündnis Düsseldorf stellt sich quer! (DSSQ) am 19.03.2016 dazu aufgerufen, sich symbolisch mit einer Sitzblockade einem Aufmarsch der nationalistischen „Republikaner“ in den Weg zu stellen und dazu an einer Polizeisperre vorbei zu gehen. „Anstiftung zum Widerstand“ nannte es die Richterin. Der Gerichtstermin lief unter schärferen Sicherheitsvorkehrungen für Angeklagte und Zuschauer ab als der NSU-Prozess. Wie Terroristen durch Panzerglas von den Zuschauern getrennt, saßen die Angeklagten im Saal des Düsseldorfer Amtsgerichts. Vor Einlass in den Gerichtssaal waren die Zuschauer ausnahmslos durchsucht, Leibesvisitationen durchgeführt und alle Ausweise kopiert worden.

Mit drakonischen Urteilen gegen Demonstrierende versuchen Gerichte neuerdings bundesweit, Menschen von Protesten abzuschrecken. Kurz gesagt: Wer an einer Demonstration auch nur teilnimmt, in der passiver Widerstand geübt wird, muss mit einer teuren Klage rechnen.

DIE LINKE, Gewerkschaften und Initiativen beobachten kritisch, ob sich diese Praxis der Justiz bald auch gegen Gewerkschaftskundengebungen richtet. Die CDU-geführte NRW-Landesregierung hat bereits klar gemacht, dass in NRW die Polizei bei Protesten hart durchgreift.

Die Kriminalisierung von Sitzblockaden erklärt Blockadebündnisse wie DSSQ, in dem auch Gewerkschaften vertreten sind, quasi zu Verbrecherorganisationen. Gegen diese Kriminalisierung verwehren sich DSSQ und sei-

im April. Nähere Informationen wird es unter [www.duesseldorf-stellt-sich-quer.de/blog](http://www.duesseldorf-stellt-sich-quer.de/blog) geben. Bitte helfen Sie jetzt mit einer Spende auf das Rechtshilfekonto: IBAN: DE89 3005 0110 0063 0076 78, Stadtparkasse Düsseldorf, BIC: DUSSEDDXXX, Überweisungszweck: Torsten und Mischa

Wir lassen uns Kriminalisierung nicht gefallen! Am 18.03.2018 wird ein breites Bündnis unter dem Motto „Demonstrationsrecht verteidigen“ zum Protest in Düsseldorf aufrufen ([www.demonstrationsrecht-verteidigen.de](http://www.demonstrationsrecht-verteidigen.de)).



Beim Prozeßauftakt gab es eine Sitzblockade

Foto: © R(h)einblick

ne Mitglieder - u.a. DIE LINKE, DGB, GEW, Sozialverband Deutschland, fifty-fifty, ver.di, VVN und Die Falken. Nagel und Aschmoneit gehen in Berufung; der erste Prozesstag ist der 9. März 2018 um 10:15 Uhr am Amtsgericht Düsseldorf; drei weitere Termine folgen

DSSQ wird die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer weiterhin zur Zivilcourage ermutigen, um der Hasspropaganda den Zugang zu unseren Straßen und Plätzen zu verweigern. Am 18. März Farbe bekennen für Demokratie und Demonstrationsrecht!

## Offene Anti-AfD-Treffen

### Düsseldorfer machen sich stark gegen Rechts

Der Einzug der AfD in den Bundestag hat viele Menschen wachgerüttelt. Knapp ein Zehntel der Bevölkerung wählte eine Partei, die gezielt Politik gegen ein Zwanzigstel der Bevölkerung macht; gegen Menschen, die Wurzeln in Ländern mit islamischer Kultur haben. 10 Prozent gegen 5. Diese Strategie der Ausgrenzung ist dicht genug an den deutschen Erfahrungen zum Ende der Weimarer Republik in den 1930er Jahren, dass viele Menschen sich vom Ergebnis der Bundestagswahlen 2017 erschüttert und alarmiert fühlten. Viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer kamen noch am Wahlabend auf das antirassistische Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer!“ (DSSQ) zu, weil sie etwas dagegen tun wollen, dass Geschichte sich wiederholt.

DSSQ bot daraufhin ein Treffen an. Im Kulturzentrum zakk in der Fichtenstraße trafen sich über 70 Menschen, um sich darüber auszutauschen, wie die AfD zu stoppen ist. Sie diskutierten, was sie jetzt tun können, statt einfach zu hoffen, dass die AfD von selbst verschwindet. Diese Treffen haben sich verstetigt. Aus den offenen Treffen sind außerdem Gruppen hervorgegangen, die konkret arbeiten. So recherchiert eine Gruppe zu Schweinereien der AfD, eine andere organisiert Stadtteilarbeit gegen Rechts in Zusammenarbeit mit Menschen und Initiativen vor Ort. Zu den Treffen kommen auch immer neue Interessierte. Nach einer Einführung können sie in die Arbeitsgruppen einsteigen. Verstärkung ist immer willkommen!

Düsseldorf stellt sich quer! hat sich

als Aktionsbündnis aus linken Initiativen, Parteien und Gewerkschaften gebildet, um die Straße nicht den Aufmärschen selbsternannter, rechter 'Wutbürger' zu überlassen. Mit Sitzblockaden und anderen friedlichen Aktionen wird Rassisten der Raum genommen, ihre Hetze zu verbreiten. Nun macht DSSQ den nächsten Schritt: DSSQ möchte mit Euch in den Stadtteilen arbeiten, mit Nachbarinnen und Nachbarn sprechen, Probleme ansprechen, gegen Rassismus argumentieren. Wut darf nicht blind machen.

Wer sich für diese Aufgabe interessiert, kann einfach bei einem Treffen vorbeikommen. Weitere Informationen gibt es unter [www.duesseldorf-stellt-sich-quer.de/blog](http://www.duesseldorf-stellt-sich-quer.de/blog) oder bei [info@duesseldorf-stellt-sich-quer.de](mailto:info@duesseldorf-stellt-sich-quer.de).

## Hambacher Forst

Der Hambacher Forst, etwa zwischen Düren und Jülich gelegen, war einst einer der größten zusammenhängenden Wälder in Deutschland und ein uraltes Naturparadies. Dies ist lange her, denn schon weit in den 1970er Jahren begann die Abholzung wegen des Braunkohle Tagebaus Hambach durch Rheinbraun, damals bereits eine Tochter des RWE und vor einigen Jahren in RWE Power umbenannt.

Schon dies war ein ungekannter Naturfrevel. Reste des Forstes immerhin überlebten den Tagebau. Bisher, denn die Gier des Energiegiganten nach immer mehr Kohle und immer mehr Profiten macht auch vor dem noch verbliebenen Restwald nicht halt. Gerichte haben nur über die Rechtmäßigkeit des Verfahrens zu befinden, nicht über die Umweltzerstörung, soweit diese wie hier erst einmal genehmigt ist. Auch der heute noch bestehende Forst ist ein Naturreservat, mehrere Tier- und Pflanzenarten kommen in ganz Deutschland nur noch dort vor und würden mit dem Wald zusammen endgültig verschwinden, insgesamt leben dort noch über 140 weitere bedrohte Arten.

RWE gibt aber nicht nach und will den letzten Rest des Waldes auch noch vernichten. Dies, obwohl und zumal mittlerweile jedem klar sein müsste, dass die Kohleverstromung ein Auslaufmodell ist und besser heute als morgen enden sollte. Nicht nur werden hier Naturreservate und auch die angestammte Heimat von Menschen unwiederbringlich zerstört, auch blasen alleine die Braunkohlenkraftwerke im rheinischen Revier das Treibhausgas CO<sub>2</sub> in Mengen in die Luft wie sonst kaum noch weltweit an einem einzigen Standort. Aber RWE will eben so lange wie möglich noch Kasse machen, egal was dabei auf der Strecke bleibt.

Mutige Aktivistinnen und Aktivisten haben Teile des Forstes besetzt und versuchen, dem Riesen zu trotzen und das kleine Naturreservat zu schützen. Zwar kam es hierbei auch schon zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die den rechtsstaatlich geförderten Energiegiganten schützt, und dies kann man nur missbilligen. DIE LINKE aber unterstützt die Aktivistinnen und Aktivisten, die ebenso lautstark wie friedlich gegen diesen Irrsinn der Naturzerstörung kämpfen.

# Manja hat uns verlassen

Ein Nachruf auf die Düsseldorfer Friedenspreisträgerin Manja Aschmoneit

Manja Aschmoneit ist kurz vor ihrem 86. Geburtstag gestorben. Wer in Düsseldorf linkspolitisch aktiv war, wer sich für Frieden und gegen alte und neue Nazis einsetzte, kannte Manja.

1931 in einer kommunistischen Familie geboren, musste sie erleben, wie schwierig es war, während der Nazidiktatur und auch später in der Adenauer-Ära, sich für einen sozialistischen Gesellschaftsentwurf einzusetzen. Schlechte Wohnverhältnisse und die politische Haft ihres Mannes Rudi haben sie aber nicht entmutigt. Sie war niemand, die ihrem Mann nur den Rücken freigehalten hat. Sie selbst verteilte die Zeitungen und Flugblätter der DKP, ihrer Partei. Der 1. Mai war ihr höchster Feiertag, der mit der Familie begangen wurde.

Im Jahre 2002 wurde ihr als Erster der Düsseldorfer Friedenspreis verliehen; wer hätte bezweifeln können, wie sehr sie ihn verdient hat. Sie engagierte sich gegen Atomwaffen und die Nato-Aufrüstung, gegen den Vietnamkrieg

ebenso wie gegen die Kriege im Irak und Afghanistan. Immer war sie dabei; die Friedenstaube als ständige Begleiterin am Revers ihrer Jacke.



Manja Aschmoneit 10.11.1931 – 6.11.2017

Ich lernte Manja erst in der Zusammenarbeit im Düsseldorfer Sozialforum kennen und schätzen. Sie war keine Freundin langer Debatten. Sie drängte darauf, nach außen zu den Menschen zu gehen und sie aufzufordern, aktiv zu

werden. Dabei war sie immer freundlich, aber bestimmt.

Ein Höhepunkt war die gemeinsame Reise zur Demonstration gegen das G8-Treffen in Heiligendamm vor 10 Jahren. Manja war da schon über 75 Jahre alt, aber sie wollte unbedingt die unkomfortable An- und Abreise im Zug und die Demonstration mitmachen. 36 Stunden ohne richtigen Schlaf, immer darauf erpicht, ein Gespräch zu führen, statt ins Café zu gehen, lieber stundenlang zu warten, bis die Demonstration losgehen konnte. Das war Manja wichtig.

2014 verlieh DIE LINKE Düsseldorf ihr die Ehrenmitgliedschaft. Manja war extra aus ihrer Seniorenresidenz in Würselen angereist und berichtete von den freundlichen Pflegerinnen und Pflegern und den Diskussionen mit ihnen.

Diese zarte Frau war unermüdlich für die gerechte Sache unterwegs; lebendig bleibt sie in unseren Erinnerungen.

Udo Bonn

## Landesregierung attackiert Mietrecht

CDU und FDP planen Abbau von Mietpreisbindungen

„Die wirksamste Maßnahme, um den Mietpreisanstieg unter Kontrolle zu bringen, sind Investitionen in neue Wohnraumangebote.“

Zur Erinnerung: 2008 verkaufte die schwarz-gelbe Landesregierung Rütgers die damalige landeseigene Wohnungsgesellschaft LEG an einen amerikanischen Immobilienhai und ist damit verantwortlich dafür, dass viele Menschen heute ihre ehemals preiswerte LEG-Wohnung nicht mehr bezahlen können.

Für die Mietprofite ...

Heute richtet die schwarz-gelbe Landesregierung erneut ihre Bemühungen darauf aus, „die Rahmenbedingungen für Investoren so zu verbessern, dass es wieder attraktiv wird, in Nordrhein-Westfalen Wohnraum zu schaffen“.

Denn es geht um deren Möglichkeiten, bei bestehenden Mietverhältnissen die Mietpreise noch weiter steigern zu können. Dazu nehmen CDU und FDP nun das Mietrecht ins Visier und sie planen einige der aktuell geltenden Miet-

rechtsbestimmungen aufzuheben.

... sollen Mieterrechte geschleift werden

So u.a. die Kappungsgrenzenverordnung, welche regelt, dass in definierten Orten NRWs die Miete nicht um mehr als 15 Prozent die ortsübliche Vergleichsmiete übersteigen darf. Wo sind diese Städte definiert? In der Mietpreisbegrenzungsverordnung, Düsseldorf gehört natürlich dazu. Und, Sie ahnen es schon, auch diese Verordnungen stehen zur Aufhebung an, weil sie aus Sicht von CDU und FDP Hindernisse sind, „den Mietpreisanstieg unter Kontrolle zu bringen“. Dies ist kein Witz sondern im Koalitionsvertrag nachzulesen!

Sind diese für Mieter bedrohlichen Pläne nicht aufzuhalten? Vielleicht doch, die neue Landesregierung kündigte im November an, das für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen so dringend nötige Sozialticket zu schleifen. Der öffentliche Druck im Zuge der schnell aufflammenden Proteste von betroffenen Gruppen und die Unterstützung hierfür in der Bevölkerung ließ sie zurückrudern und eine, (wenn auch erst einmal nur) vorläufige, Rücknahme dieser asozialen Kürzungspläne verkünden.

Das Beispiel Sozialticket zeigt, öffentlicher Widerstand kann etwas bewegen, auch gegen diese neoliberale Landesregierung.

## Jahreshauptversammlung der LINKEN Düsseldorf

Am 2.12.2017 fand im Bilker Bürgersaal die Jahreshauptversammlung der LINKEN Düsseldorf statt. Im ersten Teil ihrer Versammlung beschloss die LINKEN-Mitgliedschaft nach einer angeregten Diskussion den vom alten Vorstand gestellten Leit Antrag über die politischen und organisatorischen Ziele für Düsseldorf im Wahljahr 2018. Die Themen Mitgliederaktivierung, Öffentlichkeitsarbeit und die Stadtteilentwicklung werden dabei eine zentrale Rolle spielen. Die politischen Themen werden vor allem die Wohnungs- und Verkehrspolitik werden, die auch im Wahlkampf im Fokus lagen. Zudem setzen wir auf die Werbung neuer Mitglieder zur Stärkung der linken Bewegung in Düsseldorf. Die Zusammenarbeit mit Initiativen, mit den Gewerkschaften und mit unserem Jugend- und Studierendenverband wird im kommenden Jahr entscheidend wichtig. Zudem wählten die Mitglieder einen neuen, bis jetzt 9-köpfigen Vorstand und darunter eine Doppelspitze. Frei gebliebene Plätze im Vorstand sollen im nächsten Jahr besetzt werden.

DIE LINKE hilft:  
Hilfe, Beratung und Begleitung für Betroffene der Zerstörung des Sozialstaates in unserer  
**Sozialberatung:**

Donnerstag 15-17 Uhr  
Freitag 10-13 Uhr  
Tel.: 0211-9336083  
Corneliusstraße 108, Hinterhof

## IMPRESSUM Rheinblick

**Herausgeberin:**  
Kreisverband DIE LINKE.  
Corneliusstr. 108  
40215 Düsseldorf

**Redaktion:**  
Natalie Meisen, Peter Kirchner, Olaf Nordsieck, Dana Morisse, Christian Jäger, Helmut Born, Wolfgang Zimmermann

**Tel:** 0211 933 60 81

**email:** kontakt@die-linke-duesseldorf.de

**web:** www.die-linke-duesseldorf.de

**V.i.S.d.P.:** Natalie Meisen

**Druck:** Berliner Zeitungsdruck

**Auflage:** 30.000

Zum zweiten mal geht es links in den Karneval! Wir freuen uns über weitere linke Bazillen, gerne in rot gekleidet auf der Kö.

**Linke Bazille**  
KV Düsseldorf 2016

Frei nach dem aktuellen Motto:  
**Jeck erst links!**  
treffen sich linke Karnevalsjecken.

Wo: Bergischer Löwe  
Graf Adolf Platz, Kö  
Wann: 11. Februar 2018  
11:11 Uhr